



Oestrich-Winkel, 21. 09. 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Laube,

Wir Freien Grünen finden es richtig, angesichts der aktuellen Haushaltslage darüber zu diskutieren, ob ein Teil der geplanten Investitionen verschoben werden soll. Die vom Magistrat vorgetragene Einnahmeausfälle bei Kitas und im Bereich Kultur und Freizeit sowie die pandemiebedingten Ausgabenerhöhungen machen Anpassungen notwendig. Wir sehen das jedenfalls so.

Aber darum geht es in dieser Vorlage überhaupt nicht. Die Stadtverordneten werden nicht aufgefordert, einer Magistratevorlage **zuzustimmen**. Vielmehr sollen wir wesentliche Abweichungen vom Haushaltsplan **lediglich zur Kenntnis nehmen**. Aus meiner Sicht würde das nichts anderes bedeuten, als dass wir Stadtverordnete zentrale Gestaltungsrechte des Parlaments aus der Hand geben. Warum sollten wir das tun? Im Übrigen habe ich Zweifel, dass das rechtlich überhaupt zulässig wäre.

Es kommt noch ein Weiteres hinzu: Die vom Magistrat gewünschte Reduktion der geplanten Investitionstätigkeit der Stadt ist in dieser Höhe aus fiskalischen Gründen überhaupt nicht notwendig. Der Magistrat will Investitionen von mehr als sieben Millionen Euro verschieben. Die zur Begründung angeführten Belastungen im Haushalt erreichen aber nicht einmal **eine** Million. Das passt also nicht zusammen!

Der Kämmerer hat in der Vorlage nicht mit Ausfällen bei der Gewerbe- oder Einkommenssteuer argumentiert. Trotzdem will ich dazu eine Bemerkung machen: Bund und Länder wollen nach Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat vom vergangenen Freitag den Kommunen die coronabedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer ausgleichen. Sie stellen dafür insgesamt elf Milliarden bereit. Davon wird auch Oestrich-Winkel profitieren – und bleibt damit bei den Investitionen etwa in dem Umfang handlungsfähig, wie es das Parlament mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 beschlossen hatte.

Fazit: Wir halten es keineswegs für erforderlich, so massiv auf die Sparbremse zu treten, wie der Magistrat das vor hat. Insbesondere folgende Projekte sollten unseres Erachtens unbedingt im ursprünglichen geplanten Tempo weiterverfolgt werden:

- Barrierefreier Ausbau v. Bushaltestellen (unser Soll: 130.000 € statt 30.000 €)
- Förderprogram Lebendige Zentren, Ortsteile am Rhein (1,986 Mio. Euro statt 668.000 Euro)

- Förderprogramm Lebendige Zentren Hallgarten (150.000 € statt 90.000 €)
- Bahnhofsumfeld (2 Mio. € statt 0 €)

Bei diesen Maßnahmen, die geeignet sind, die Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt zu erhöhen und das Stadtbild zu verschönern, muss es zügig vorangehen.

Markus Jantzer (Stellv. Fraktionsvorsitz)